
**Protokoll
über die 15. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales am 12.11.2015**

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:30 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 2.059

Anwesenheit

Vorsitzender

Hoppe, Eberhard entsandt
durch SPD-Fraktion

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Riedel, Georg-Christian entsandt
durch CDU-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Jähnig, Claus Jürgen entsandt
durch Fraktion Unabhängige Bürger

ordentliche Mitglieder

Gajek, Lothar entsandt
durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Grosch, Peter entsandt
durch CDU-Fraktion
Richter, Heike Dr. entsandt
durch Fraktion DIE LINKE

stellvertretende Mitglieder

Alff, Daniel entsandt
durch SPD-Fraktion
Selke, Achim entsandt
durch ZG AfD

beratende Mitglieder

Fittje, Cornelia entsandt
durch Behindertenbeirat
Gammert, Gislinde entsandt
durch Seniorenbeirat

Verwaltung

Diessner, Barbara
Dörner, Berge
Gabriel, Manuela
Petznick, Bärbel
Tillmann, Matthias

Gäste

König, Annett
Pfeifer, Mandy
Rintsch, Daniel

Leitung: Eberhard Hoppe

Schriefführer: Caren Gospodarek-Schwenk

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 08.10.2015 (öffentlicher Teil)

3. Mitteilungen der Verwaltung

4. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 4.1. Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 00467/2015

 - 4.2. Überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 3.154.800 EUR und Auszahlungen in Höhe von 5.454.700 EUR im Teilhaushalt 06 – Soziales für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 00501/2015

- 4.3. Hortbetreuung für die Heinrich-Heine-Grundschule
Abbruch der Gebäude Werderstraße. 66/68 und Neubau eines Hortes an gleicher Stelle
Vorlage: 00503/2015
- 4.4. Einführung der Ehrenamtskarte
Vorlage: 00496/2015
5. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Der Vorsitzende, Herr Hoppe, begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie alle anderen Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.
Die Tagesordnung wird unverändert beschlossen.

zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 14. Sitzung vom 08.10.2015 (öffentlicher Teil)

Bemerkungen:

Die Niederschrift der 14. Ausschusssitzung (öffentlicher Teil) wird bestätigt.

Herr Riedel macht deutlich, dass er die Zuarbeit der Verwaltung auf seine aufgeworfenen Fragen in der 14. Ausschusssitzung zum Thema Teilhaushalt 05 als nicht ausreichend ansieht. Der Vorsitzende Herr Hoppe wird dieses Thema unter dem Punkt Mitteilungen der Verwaltung erneut aufrufen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0

Enthaltung: 3

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Der Beigeordnete Herr Ruhl informiert zur aktuellen Flüchtlingssituation und gibt einen Überblick zu den aktuellen Zahlen und Prognosen. Ab sofort werden an den Wochenenden keine Zuweisungen mehr erfolgen. Es werden auch weiterhin 2-3 Wohnungen täglich von der WGS als Übergangswohnungen hergerichtet. Die aktuelle schriftliche Information des Amtes 50 zur Flüchtlingssituation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Ruhl macht darauf aufmerksam, dass im Hinblick auf die Flüchtlingssituation mit Mehraufwendungen im TH 04 bedingt durch die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UmA), aber vor allem im TH 06 zu rechnen ist. Eine entsprechende Veränderungsliste zum Haushalt 2016 wird nächste Woche vorbereitet.

Er informiert weiter, dass die für den 14.11.2015 geplante Demonstration des Bündnisses „Deutschland wehrt sich“ abgesagt wurde.

Herr Ruhl teilt mit, dass künftig das Thema der Flüchtlingssituation ein fester Tagesordnungspunkt in den Sitzungen des Hauptausschusses sein wird, auf die Einrichtung eines Sonderausschusses wird dafür verzichtet. Auch sei vor dem Hintergrund der entstehenden vielfältigen Schnittstellen die Einrichtung eines eigenen „Amtes für Flüchtlinge“ nicht angedacht. Die Arbeit der bestehenden ämterübergreifenden Lenkungsgruppe unter Beteiligung betroffener externer Behörden hat sich bewährt.

Herr Ruhl gibt einen Überblick zum Sachstand UmA in der Landeshauptstadt Schwerin. Aktuell sind ca. 100 UmA in der Betreuung des Jugendamtes Schwerin. Darunter sind 73 sog. Altfälle, welche in der Betreuung des Jugendamtes Schwerin verbleiben und 27 sog. Neufälle (vorläufige Inobhutnahmen nach Änderung des SGB VIII). Da die Landeshauptstadt derzeit ihre Quote der aufzunehmenden UmA erfüllt hat, sind aus den 27 Neufällen die ersten 13 UmA auf andere Landkreise verteilt worden, bzw. sind für die Umverteilung angemeldet.

Der Beigeordnete informiert weiter, dass sich die Landeshauptstadt von einem der 2 Integrationslotsen getrennt hat, die Nachbesetzung der Stelle läuft derzeit. Zusätzlich wird es zeitnah einen dritten Integrationslotsen mit dem Schwerpunkt Integration in Kita und Schule geben. Auch hier läuft derzeit das Stellenbesetzungsverfahren.

Herr Ruhl teilt mit, dass das Land mitgeteilt hat, dass die Notunterkunft in der Gutenbergstraße nicht eingerichtet wird, da derzeit davon ausgegangen wird, dass die vorhandenen Kapazitäten ausreichen.

Frau Diessner informiert über das Angebot der Bundesagentur für Arbeit „Einstiegskurse für Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive“. Die Deutschkurse werden auch in der Landeshauptstadt Schwerin angeboten.

Auf Nachfrage von Herrn Gajek erläutert Herr Ruhl, dass die Kurse in deutscher Sprache abgehalten werden und dass nach Aussage der Arbeitsagentur die Personalausstattung gegeben sei.

Herr Alff fragt, ob zugewiesene Personen Schwerin schon wieder nach Abschluss des Asylverfahrens verlassen haben. Herr Ruhl verneint dies, Frau Diessner erläutert, dass es derzeit keine schnellen Entscheidungen des BAMF gäbe, daher auch der Wohnungsbestand weiter ausgebaut werden müsse.

Frau Gospodarek-Schwenk übergibt den Ausschussmitgliedern die im Protokoll der Ausschusssitzung vom 08.10.2015 angesprochene „Prioritätenliste“. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich dabei um einen internen ersten Austausch zwischen dem Fachamt und dem ZGM und nicht um Festlegungen handelt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Hoppe, thematisiert wie unter TOP 2. angekündigt, die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage des Ausschussmitgliedes Herrn Riedel aus der Sitzung des Ausschusses vom 08.10.2015.

Frau Gospodarek-Schwenk bedauert, dass die Antwort den Ausschussmitgliedern so spät zugegangen ist. Inhaltlich geht die Verwaltung davon aus, dass die Frage zu den Gründen der relativ hohen Kostenanstiege bei Gesamtschulen und Förderschulen unter Darstellung der jeweiligen Schülerzahlen beantwortet wurde. Sie erläutert, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Schülerzahlen und Kosten dargestellt werden könne. Herr Riedel sieht auch mit den Erläuterungen seine Anfrage als nicht beantwortet an. Zur abschließenden Klärung der offenen Fragen schlägt der Ausschussvorsitzende vor, dass Herr Riedel mit der Verwaltung einen Erläuterungstermin vereinbart.

Frau Gospodarek-Schwenk informiert zum Sachstand des Einschulungsverfahrens für das Schuljahr 2016/2017. Nach den vorliegenden Zahlen werden die Kapazitätsgrenzen an den Grundschulen erreicht bzw. überschritten. Die Verwaltung prüft derzeit mögliche Übergangslösungen, aber auch die Notwendigkeit längerfristiger Maßnahmen.

Herr Riedel fragt, ob es angedacht ist, alte Schulen wieder ans Netz zu nehmen. Herr Ruhl erläutert, dass dies nicht so einfach sei, gedacht werde aber in alle Richtungen.

Die Verwaltung informiert weiter, dass der Abriss der alten Schwimmhalle in Lankow unterbrochen wurde, da es einen Kaufinteressenten für das Gebäude gibt.

Herr Tillmann teilt mit, dass die Sportstättenvergabe für das Winterhalbjahr abgeschlossen wurde. Den Interessen der Vereine konnte entsprochen werden. Er teilt ferner mit, dass der Entwurf der neuen Sportförderrichtlinie allen beteiligten Ämtern, Eigenbetrieben, Fraktionen und Sportbünden mit der Möglichkeit der Stellungnahme übersandt wurde.

zu 4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Schwerin für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: 00467/2015

Bemerkungen:

Zu beiden Teilhaushalten sind nach der Einbringung der Vorlage in der Ausschusssitzung vom 08.10.2015 keine Fragen an die Verwaltung herangetragen worden.

Frau Diessner teilt mit, dass im Teilhaushalt 06 vor dem Hintergrund der Flüchtlingsthematik noch Anpassungen vorgenommen werden müssen. Diese Änderungen werden den Gremien zeitnah vorgelegt.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Hoppe, lässt zu den Teilhaushalten 05 und 06 getrennt abstimmen.

Das Abstimmungsergebnis stellt sich für beide Teilhaushalte gleich dar.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2016 einschließlich aller Anlagen und Festlegungen zu wesentlichen Produkten im Vorbericht.
2. Die Stadtvertretung beschließt das als Anlage beigefügte Haushalts sicherungskonzept 2008-2020, 5.Fortschreibung (2015).
3. Die Wirtschaftspläne der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften werden von der Stadtvertretung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	4
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	3

zu 4.2 Überplanmäßige Aufwendungen in Höhe von 3.154.800 EUR und Auszahlungen in Höhe von 5.454.700 EUR im Teilhaushalt 06 – Soziales für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: 00501/2015

Bemerkungen:

Frau Diessner bringt die Vorlage in den Ausschuss ein und erläutert die Hintergründe.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung. An der Abstimmung nahm das Ausschussmitglied Herr Grosch nicht teil, da er sich zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht im Raum befand.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 3.154.800 EUR und überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 5.454.700 EUR im Teilhaushalt 06 – Soziales im Haushaltsjahr 2015 zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

**zu 4.3 Hortbetreuung für die Heinrich-Heine-Grundschule
Abbruch der Gebäude Werderstraße. 66/68 und Neubau eines Hortes an
gleicher Stelle
Vorlage: 00503/2015**

Bemerkungen:

Herr Dörner bringt die Vorlage für das ZGM in den Ausschuss ein und führt zu den Gründen aus.

Er erläutert, dass sich bei genauerer baufachlicher Untersuchung und einer hierauf beruhenden Kostenberechnung Mehrkosten der Sanierung in Höhe von rund 1 Mio. EUR und damit die Unwirtschaftlichkeit der Maßnahme ergeben haben.

Auf Nachfrage von Herrn Riedel erklärt Herr Dörner, dass eine solche tiefere Prüfung der statisch relevanten Gegebenheiten (Untersuchung der Gründung, Richtigkeit der Altunterlagen) wie sie jetzt stattgefunden hat, im Rahmen eines Modernisierungsgutachtens aufgrund der dadurch entstehenden Kosten regelmäßig nicht gemacht wird.

Er stellt ferner klar, dass das Grundstück Werderstr. 70 auch bei einem Neubau nach wie vor als Außenfläche geplant ist und führt ergänzend auf Nachfrage von Herrn Alff zur zeitlichen Abhängigkeit der inneren Sanierung der Heinrich-Heine-Grundschule von der Fertigstellung des Hortgebäudes aus.

Herr Alff bittet um eine Aussage, was passieren soll, wenn die zugesagten Fördermittel des Landes nicht kommen. Herr Dörner verweist in diesem Zusammenhang auf die mündliche Förderzusage des Landes, ein Grund an dieser Zusage zu zweifeln besteht nicht. Eine schriftliche Förderzusage des Landes kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen.

Herr Ruhl ergänzt dahingehend, dass bei Zurückziehen der Förderzusage durch das Land die Stadtvertretung zu entscheiden habe, ob zusätzliche kommunale Investitionsmittel zur Verfügung gestellt werden, um den Bau des Hortes sicherzustellen.

Herr Hoppe weist darauf hin, dass das ZGM den Standort doch selbst schon einmal wegen Unwirtschaftlichkeit abgelehnt habe, zudem habe die Oberbürgermeisterin in ihrer Antwort auf eine Anfrage der SPD- Fraktion im Juli diesen Jahres auch noch von der Sanierung gesprochen.

Herr Dörner führt hierzu aus, dass die HU-Bau erst im September vorgelegen hat und daher auch erst zu diesem Zeitpunkt die Unwirtschaftlichkeit bekannt wurde.

Frau Pfeifer, Vorsitzende der Schulkonferenz der Heinrich-Heine- Grundschule, erhält durch den Ausschussvorsitzenden das Wort und erklärt, dass sich die Eltern auf den Neubau freuen und diesen auch genau an der vorgesehenen Stelle wünschen. Sie hat Bedenken hinsichtlich der in der Vorlage dargestellten

Alternative. Falls eine Förderung des Landes nicht käme, könnte auf diese Alternative verwiesen werden.

Herr Alff fragt, ob nicht eine Eigenfinanzierung als Alternative in die Beschlussvorlage aufgenommen werden sollte.

Herr Ruhl hält dieses mitten im Haushaltsplanverfahren für schlecht umsetzbar, sieht aber die aufgezeigten Risiken als gering an.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Das Ausschussmitglied Herr Riedel ist bei der Abstimmung nicht mehr anwesend.

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung beschließt den Abbruch der Gebäude in der Werderstr. 66/68 und den Neubau des Hortgebäudes an gleicher Stelle.
2. Der Beschluss der Stadtvertretung vom 18.11.2013 zur Sanierung der Gebäude Werderstr. 66 – 70 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 4.4 Einführung der Ehrenamtskarte Vorlage: 00496/2015

Bemerkungen:

Frau Diessner führt in die Vorlage ein.
Eine Kostenermäßigung für Inhaber der Ehrenamtskarte konnte beim NVS leider nicht erreicht werden.

Frau Diessner präsentiert den Ausschussmitgliedern 2 Muster der Ehrenamtskarte, eins in den Farben der Landeshauptstadt (blau-gelb) und eins in der Farbe des Dezernates (orange). Sie verweist auf Voten des Finanzausschusses und des Kulturausschusses zur Begrenzung der jährlich mit der Ehrenamtskarte ausgezeichneten Personen. Der Finanzausschuss hat sich für eine Begrenzung auf 40-50 Personen und der Kulturausschuss auf eine Begrenzung auf 40 Personen ausgesprochen.

Herr Hoppe schlägt eine Begrenzung auf 40 Personen und die Nutzung der Ehrenamtskarte in den Farben der Landeshauptstadt vor.

Herr Selke stellt die Frage nach der Anzahl der potentiellen Kandidaten. Eine konkrete Anzahl kann durch die Verwaltung nicht benannt werden, eine Begrenzung ist aus deren Sicht aber erforderlich. Die konkrete Auswahl trifft der Ausschuss der Stadtvertretung im Benehmen mit der Oberbürgermeisterin.

Herr Alff schlägt eine Begrenzung auf 50 Personen vor, da die Auszeichnung sonst zu exklusiv sei.
Aus Sicht von Herrn Grosch sollte die Ehrenamtskarte auch etwas exklusives

sein.

Frau Diessner ergänzt auf Nachfrage, dass die Karte jeweils für ein Jahr gültig ist. Auf Nachfrage von Herrn Gajek erklärt sie, dass es sich bei der geehrten Person nach der Richtlinie i.d.R. um einen Einwohner/eine Einwohnerin der Landeshauptstadt handeln muss.

Herr Hoppe stellt zunächst die Farbe der Ehrenamtskarte zur Abstimmung. Die Ausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Ehrenamtskarte in den Farben der Landeshauptstadt aus.

Er stellt sodann die Personenanzahl, die jährlich die Auszeichnung erhalten sollen zur Abstimmung. Es wird zunächst die Einschränkung auf 40 Personen zur Abstimmung gestellt.

Die Ausschussmitglieder stimmen dieser Personenanzahl mit

5 Ja
2 Nein und
0 Enthaltungen zu.

Herr Pollakowski vom Stadtsportbund fragt nach, ob auch Ehrenamtliche, die für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhalten, ausgezeichnet werden können.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Richtlinie von einer unentgeltlichen ehrenamtlichen Tätigkeit spricht, dieser Personenkreis daher für eine Auszeichnung nicht in Frage käme.

Der Ausschussvorsitzende stellt sodann die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Einführung einer Ehrenamtskarte für die Landeshauptstadt Schwerin. Die Ehrenamtskarte gilt erstmals für das Jahr 2016.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadtvertretung ab 2017 einen Sponsorenpool für die Ehrenamtskarte zu bilden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 5 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 6 Sonstiges

gez. Eberhard Hoppe

Vorsitzende/r

gez. Caren Gospodarek-
Schwenk

Protokollführer/in